



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Zur Geschichte der Preußischen Verwaltung im Regierungsbezirk Düsseldorf

**Bammel, Adolf**

**Düsseldorf, 1912**

18. Steuern

---

---

**Nutzungsbedingungen**

[urn:nbn:de:hbz:466:1-55577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-55577)

Den gewerblichen Fortbildungsschulen hat der in den meisten Gemeinden durch Ortsstatute festgesetzte Schulzwang den größten Teil der jüngeren Handwerker und Arbeiter als Schüler zugeführt, und die Ausdehnung des Tagesunterrichts hat die Anstellung von etwa 80 hauptamtlichen Fortbildungsschullehrern ermöglicht, die größtenteils den praktischen gewerblichen Berufen entnommen wurden.

An 94 gewerblichen Fortbildungsschulen werden jetzt mehr als 35 000 Fortbildungsschüler von etwa 1500 Lehrern unterrichtet; von den letzteren sind drei Viertel Berufsschüler, ein Viertel gehört den praktischen Berufen an. Dazu treten noch die kaufmännischen und die ländlichen Fortbildungsschulen. Auch das Gedeihen der Fortbildungsschulen ist von den Zuschüssen des Staates abhängig gewesen, dessen Interesse an den Bildungsfortschritten und der staatsbürgerlichen Gesinnung der hier zum Schulunterrichte verpflichteten Massen jugendlicher Arbeiter allerdings klar zutage liegt.

Das Einkommensteuergesetz von 1891 hat seinen Zweck, das steuerfähige Einkommen durch Selbsteinschätzung mehr zu der Steuer heranzuziehen, im Düsseldorfer Bezirke in reichem Maße erfüllt. Die Zahl der Steuerpflichtigen stieg von rund 145 000 im Jahre 1891 auf rund 224 400 im folgenden Jahre und betrug 776 000 im Jahre 1910. Das Steuerfoll ging in den gleichen Jahren von 5 400 000 auf 11 800 000 bzw. 34 000 000 Mark hinaus. Die Ergänzungssteuer bringt jetzt fast 5 000 000 Mark auf, gleich etwa ein Zwölftel der preußischen Gesamtsumme, und die Gewerbesteuer einen etwas höheren Betrag.

Die gleich der Gewerbesteuer nicht mehr für staatliche, sondern für kommunale Zwecke nach den bisherigen Grundsätzen veranlagte Gebäudesteuer ergab bei der Veranlagung von 1910 für rund 395 000 Gebäude rund 9 375 000 Mark und läßt, im Vergleich mit der jetzt vorausgehenden Veranlagung vom Jahre 1895 (rund 263 500 Gebäude und 3 791 000 Mark), außer der beträchtlichen Zunahme der Wohngebäude auch die bedeutende Steigerung der Mietwerte in dem dazwischenliegenden Zeitraume erkennen. Die alte Grundsteuer, die sich fast nur durch den Übergang zur Gebäudesteuer ändern kann, ist demgemäß geringer veranlagt (1 488 000 Mark im Jahre 1910 gegen 1 558 000 Mark im Jahre 1865), indem sie sich auf eine geringere Fläche (477 000 ha gegen 483 000 ha im Jahre 1865) erstreckt. Die Katasterarbeiten sind durch die stetigen Änderungen der Grundstücksgrenzen, besonders die häufigen Grundstücksteilungen derart vermehrt, daß im Regierungsbezirke jetzt 44 Katasterkontrolleure (gegen 14 im Jahre 1870) angestellt sind, wie denn auch der Regierung im Jahre 1908 der dritte Katasterinspektor überwiesen werden mußte.

Neben der Aufsicht über die Krankenkassen nimmt die Regierung an der Verwaltung des Arbeiterversicherungswesens insofern teil, als drei Regierungsräte ausschließlich und zwei im Nebenamte die Streitfachen des Düsseldorfer Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu entscheiden haben.

Am Schlusse dieser Auslese soll noch an die freundlichen Beziehungen erinnert werden, welche von jeher durch das Kuratorium der Kunstakademie die Regierung mit der Düsseldorfer Kunstwelt verknüpft haben. Die Geschäfte des Kuratoriums erlangten fast politische Wichtigkeit, als im preußisch-bairischen Friedensvertrage von 1866 die Entscheidung der alten Streitfrage, ob die 1805 nach München überführte Düsseldorfer

18. Steuern

19. Schiedsgericht

20. Kunst